

Es gilt das gesprochene Wort

Haushaltsrede 2011

des CDU-Fraktionsvorsitzenden Bernd-Josef Schwane im Rat der Stadt Dorsten zur Haushaltsverabschiedung des Haushaltes 2011 am 18.05.2011.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

die Haushaltsverabschiedung ist die Stunde des Parlaments.

Haushaltsplanung und Haushaltsverabschiedung sollen dem Bürger deutlich machen, wie die im Rat vertretenen politischen Parteien ihre politischen Ziele definieren, welche Akzente sie setzen, kurz, in welche Richtung man gehen will. Insoweit spiegeln sich in Haushaltsberatungen und in der Haushaltsverabschiedung gleichzeitig Vorgaben, Zwänge und Strukturen.

Wie aber ist die Realität?

Realität ist, dass schon seit Jahren wir als verantwortliche Kommunalpolitiker kaum noch über Handlungsspielraum verfügen und nur noch über Verwaltung des Mangels gesprochen werden kann.

Was sollen wir noch sagen? Es ist alles gesagt!!

Also, the same procedure as every year?

Meine verehrten Damen und Herren,

das Defizit im Haushalt 2011 beträgt 32,3 Mio. Euro. Sämtliche Schulden kumuliert belaufen sich auf sage und schreibe 313 Mio. Euro, Tendenz steigend.

Unser Eigenkapital wird 2013 aufgezehrt sein; dann ist die Stadt Dorsten, die es dann seit 762 Jahren gibt, insolvent.

Den Goldesel gibt es nur im Märchen. Nicht nur Griechenland und Portugal - wir brauchen einen kommunalen Rettungsschirm.

Ich will an dieser Stelle nicht nochmals erklären, weshalb es dazu gekommen ist. Wir wissen es zur Genüge! Wir zahlen Rechnungen, die woanders gestellt werden. Wir engagieren uns bis an die Grenzen der Leistungsfähigkeit.

Eigentlich müsste ich an dieser Stelle abrechnen.... es gibt nichts mehr zu verteilen oder zu beschönigen.

Allerdings müssen wir uns schon die Frage gefallen lassen: Wie gehen wir als Kommunalpolitiker mit dieser Situation um? Eine Situation, die sich seit Jahren abzeichnete. Ich habe mir meine Haushaltsreden von 2004 bis 2010 noch einmal angeschaut: Wie ein roter Faden zieht sich immer wieder der Hinweis durch diese Reden, dass wir sparen müssen und dass die Stadt der Pleite zutreibt.

Also, wie gehen wir mit der Einengung der finanziellen Spielräume um? Wollen wir uns zum Nichtstun verdammen lassen? Wollen wir uns fremd bestimmen lassen?

Ich meine, dass wir uns einen gewissen Rest an politischer Gestaltungsfreiheit bewahren müssen. Dieses sind wir uns und unseren Bürgern schuldig. Allerdings geht dieses nur dadurch, indem wir leider weiter an der Sparschraube drehen. Insoweit ist es durchaus konsequent, dass die Verwaltung im letzten Jahr die berühmt berüchtigte Sparliste vorgelegt hat, um deren Umsetzung wir in den letzten Monaten wiederholt gerungen haben.

Die Philosophie von Frau Ministerpräsidentin Kraft: "Sparen hilft nicht, also weiter Schulden machen." ist sicherlich auch keine Lösung. Ich halte das für unredlich und für ein Vergehen an den nachfolgenden Generationen.

Konsequenterweise hat dieser Rat in der Sitzung des letzten Jahres u. a. beschlossen, die

Gewerbesteuer, die Grundsteuer A und B zu erhöhen. Uns allen war natürlich klar, dass hierdurch eine erhöhte Belastung der Bürger entstehen wird.

Ein Punkt, der auch für uns Politiker zu Konflikten führt. Klar ist allerdings auch, dass dieses ein Zeichen für die Kommunalaufsicht ist, dass wir es mit unseren Sporbemühungen ernst meinen.

Dennoch wird uns dieses letztendlich nicht weiterhelfen, da wir alleine aus dem Haushaltstief niemals herauskommen werden.

Deshalb ist es konsequent gewesen, dass wir als Stadt Dorsten zusammen mit den kreisangehörigen Gemeinden und auch dem Kreis Recklinghausen eine Verfassungsbeschwerde vor dem Verfassungsgerichtshof Münster erhoben haben. Bekanntermaßen wird gegen das Gemeindefinanzierungsgesetz 08/09 geklagt, um die Finanzausstattung der Kommunen zu verbessern.

Ein Teilerfolg ist hier bereits außergerichtlich erreicht worden, da die Düsseldorfer Minderheitsregierung den Sozialkostenansatz zu Gunsten unserer Städte im Emscher-Lippe-Raum angepasst hat. Warten wir die mündliche Verhandlung ab. Sie wird für die Prozessparteien sicherlich Überraschungen bringen.

Allerdings führt die absolut nicht nachvollziehbare und unvermittelbare Logik des GFG dazu, dass wir über die steigende Kreisumlage letztendlich unter dem Strich trotz dieser positiven Entwicklung weniger Geld zur Verfügung haben.

Es kann nämlich nicht sein, dass Kommunen die hohe Soziallasten zu schultern haben, genau so hoch belastet werden, wie besser ausgestattete Kommunen etwa im westfälischen Raum. Leider scheint sich eine Zweiklassengesellschaft der Städte zu etablieren: Diejenigen, die finanziell noch einigermaßen dastehen und diejenigen, so wie Dorsten, die am "Fliegenfänger hängen". Es scheint sich die Maxime herauszubilden: "Jeder muss sehen, wo er bleibt."

Ich meine, dass in den letzten Jahrzehnten in der Bundesrepublik Deutschland die kommunale Familie insgesamt immer gut funktioniert hat, weil die Starken die Schwachen

unterstützt haben. Dies war sicherlich auch ein Grund, weshalb sich die Bundesrepublik Deutschland in der Breite gesellschaftlich und wirtschaftlich so ausgeglichen entwickelt hat.

Diejenigen Städte und Gemeinden, die sich heute aus dieser Solidarität mit den Schwachen ausklinken wollen, sollten bedenken, welches hohe Gut sie aufs Spiel setzen.

Dies gilt auch im Hinblick auf den Städte- und Gemeindebund, unsere Interessenvertretung.

Es ist Aufgabe dieser Institution, die im Übrigen von den Kommunen finanziert wird, auf die finanziellen Ungleichgewichte hinzuweisen und für einen Ausgleich zu sorgen. Falsch ist es, wenn die dortigen Funktionäre, die im Übrigen gut bezahlt werden, die Augen vor den Problemen verschließen oder sich etwa auf die Seite der "vermeintlich starken Kommunen schlagen würden."

Insoweit sollten wir überlegen, ob wir aus dem Städte- und Gemeindebund nicht austreten.

Allerdings bleibt nach wie vor das Kernproblem erhalten:

Das Land aber auch der Bund sind bislang freiwillig nicht bereit, die Gesamtsumme der Zahlungen an Städte und Gemeinden zu erhöhen. Nur wenn dieses geändert wird, besteht für uns eine reelle Chance, aus dem Tal der Tränen herauszukommen.

Stichwort: Kommunalaufsicht

Das Verhalten des Kreises Recklinghausen insbesondere des Landrates muss von uns als Politiker beleuchtet werden.

Der Landrat hatte Anfang Januar die Fraktionsvorsitzenden nach Recklinghausen einbestellt. Dort wurde uns verkündet, dass weitere Sparmaßnahmen in den Städten unumgänglich seien. Empfohlen wurde interkommunale Zusammenarbeit. Auch stand die Empfehlung im Raum, Aufgaben der Städte und Gemeinden an den Kreis abzugeben,

etwa im Bereich der Vermessung oder des Ausländerwesens.

So weit so gut.

Nun ist grundsätzlich sicherlich nichts dagegen einzuwenden, wenn die Aufsicht den Städten einiges abverlangt.

Im Gegenzug muss der Landrat den kreisangehörigen Städten allerdings auch sagen, in welchen Bereichen er selber sein Budget einzuschränken gedenkt. Dieses stünde ihm allein deshalb gut an, weil er Aufsichtsbehörde ist.

Es kann nämlich nicht sein, dass uns vorgehalten wird, man werde in den kommenden Jahren 150 Mio. Euro einsparen. Wenn dann allerdings genau nachgeschaut wird, ist festzustellen, dass der Kreis nach wie vor mit den Geldern der ihn finanzierenden Kommunen sehr großzügig umgeht.

Es kann nicht sein, dass hier in Dorsten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung seit Jahren einer Beförderungssperre unterliegen und im Kreis dies bislang eine untergeordnete Rolle gespielt hat.

Es kann nicht sein, dass unter dem Deckmantel des Brandschutzes das Kreishaus für teures Geld umgebaut wird, weil angeblich durch dieses Modell Raumkosten gespart werden.

Es kann überhaupt nicht sein, dass der Landrat sich schriftlich zu Stellungnahmen der Städte über den Kreishaushalt äußert, bevor diese vorlagen.

Ich halte dieses für einen unglaublichen Vorgang:

Hieran ist eindeutig erkennbar, dass der Landrat die Partnerschaft mit den Kommunen nicht ernst nimmt. Das darf kein zweites Mal passieren.

Ich denke in diesem Zusammenhang an die damaligen Versprechungen des damaligen Landrats bzgl. des Berufskollegs. Dort sind die Kosten explodiert. Die Zeche zahlen wir.

Ketzerisch könnte ich jetzt die Frage formulieren, ob wir den Kreis eigentlich noch brauchen oder ob man ihn letztendlich irgendwann abschafft.

Nein, im Ernst. Ich glaube schon, dass über eine interkommunale Zusammenarbeit geredet werden muss, um gewisse Ressourcen in Recklinghausen zu bündeln. Allerdings ist immer zu prüfen, ob etwa Städte, die sich zusammenschließen, Aufgaben nicht kostengünstiger erledigen könnten.

Was ist im Übrigen mit den Sparbemühungen der anderen kreisangehörigen Städte? Ich höre, dass bspw. in Haltern und auch in Recklinghausen teilweise sehr großzügig mit den Geldern umgegangen wird und dort die Prüfungen des Gemeindeprüfungsamtes zu völlig anderen Ergebnissen negativer Art gekommen sind als bei uns in Dorsten.

Offensichtlich leben diese Städte und auch die anderen kreisangehörigen Städte ganz gut, ohne einen dermaßen stringenten Sparkurs zu fahren, wie wir dieses in Dorsten getan haben. Das kann nicht richtig sein.

Ist Sparen doch nicht der richtige Weg? Hat Frau Kraft vielleicht doch Recht? Das kann nicht richtig sein.

Nun könnte man natürlich sagen, dass es ungeschickt ist, wenn man für manche unangenehme Wahrheiten offen ausspricht. Ich glaube aber, dass die Zeit langsam angebrochen ist, auch auf Ungereimtheiten und Schief lagen hinzuweisen.

Franz-Josef Strauß hat einmal gesagt:

Everybody's Darling ist bald everybody's Depp. Das sollten wir uns nicht nachsagen lassen.

Das Recht der Kritik nehmen wir uns jedenfalls heraus. Wir sind nicht bereit, dem Landrat blind zu folgen. Das mögen andere tun.

Meine Damen und Herren,

ein weiteres heißen Eisen, welches in diesem Jahr in Dorsten diskutiert werden wird, ist die Frage nach dem Auslaufen des Stromkonzessionsvertrages.

Stichwort: Stadtwerke

Es gibt in Dorsten bereits Propheten, die durch die Lande ziehen und uns weiß machen wollen, dass mit der Errichtung von Stadtwerken, wir uns von allen finanziellen Problemen befreien würden. Beschleunigt wird dies durch die Ereignisse in Fukushima.

Ich muss Ihnen sagen, dass es sich hierbei um ein äußerst komplexes Thema handelt. Bevor eine Entscheidung getroffen wird, müssen wir uns als Rat mit den Hintergründen auseinandersetzen und uns sachkundig machen. Deswegen halte ich es auch für gut und richtig, dass die Firma Rödel und Partner beauftragt worden ist, die entsprechenden Entscheidungen vorzubereiten.

Es ist wichtig, die Problematik offen zu prüfen, ohne jede ideologischen Scheuklappen. Auch müssen Alternativen herausgearbeitet werden wie etwa die Beteiligung der Stadt an einer bestehenden Betriebsgesellschaft oder eine kommunale Zusammenarbeit oder aber auch natürlich die Verlängerung des bestehenden Vertrages.

Für uns als CDU allerdings ist wichtig, dass für die Bürgerinnen und Bürger vernünftige Konditionen dabei herauskommen und vor allen Dingen, dass die Problematik der Nachtspeicherheizungen gelöst wird.

Ich bin auch davon überzeugt, dass regenerative Energien gefördert werden müssen. Entsprechende Standorte für Windkraftanlagen sind ausgewiesen.

Ich meine allerdings, dass dieses kein Lippenbekenntnis sein darf. Erfahrungsgemäß wird seitens der Bürgerschaft sofort Protest aufkommen, wenn entsprechende Standorte genehmigt werden.

Ich glaube, dass Politik hier stark sein muss und gegen einzelne Interessen stehen sollte. Dies gilt auch für Biogasanlagen. Wenn wir die Ereignisse in Fukushima Ernst nehmen, dann müssen wir auch dazu stehen, dass Biogasanlagen in Dorsten und Umgebung

gebaut werden und wir müssen dies auch der Bevölkerung nahe bringen. Eine wahrhaft große Aufgabe, die auf alle politischen Parteien zukommt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

mittlerweile dürfte sich herumgesprochen haben, dass Dorsten eine schrumpfende Stadt ist.

Bspw. wird im Kreis Recklinghausen in den nächsten Jahren die Schülerzahl um sage und schreibe 20 % zurückgehen. Es leuchtet ein, dass dieses gravierende Auswirkungen auf Kindergärten, Schulen und die gesamte Infrastruktur dieser Stadt haben wird.

Je eher wir uns den veränderten Bedingungen stellen, desto besser ist es. Aus diesem Grund besteht die vornehmste Aufgabe der Politik darin, den Bürgern zu vermitteln, dass Schrumpfungsprozesse auch etwas Positives sein können, wenn man sie richtig begreift.

Vor diesem Hintergrund wird sich auch in unserer Schullandschaft einiges ändern müssen. Sie wissen, dass der Schulentwicklungsplan fortgeschrieben werden wird.

Sie werden sich erinnern, dass im letzten Jahr gewisse Anpassungen im Grundschulbereich von diesem Rat versucht worden sind. Ich betone das ausdrücklich.

Leider waren die politischen Verhältnisse nicht so, dass das, was notwendig gewesen wäre, auch durchgesetzt werden konnte.

Ich glaube, dass wir uns eine derartige Verhaltensweise nicht nochmals leisten können.

Wir dürfen die Bürgerinnen und Bürger nicht vor vollendete Tatsachen stellen, sondern wir müssen mit ihnen in einen Diskussionsprozess eintreten.

Veränderungen sind notwendig, auch im Bereich der Hauptschulen.

Deshalb halte ich es für eine gute Idee des Bürgermeisters unter wissenschaftlicher

Begleitung den Elternwillen auszuloten, um dann zu überlegen, in welche Richtung wir unsere Schullandschaft in Dorsten punktuell und individuell weiterentwickeln.

Dies bedeutet, dass sämtliche Akteure, Verwaltung, Politik und Eltern mit an den Tisch gehören. Dies gilt auch für die Privatschulen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

lassen Sie mich noch einige Bemerkungen zur Personalsituation hier im Rathaus machen:

Nach dem Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt steht Dorsten optimal da. Allerdings ist auch festzuhalten, dass die sehr restriktive Personalbewirtschaftung dazu geführt hat, dass in bestimmten Bereichen Arbeitsrückstände und Ausfälle zu beklagen sind. Der Umfang der Aufgaben für manche Mitarbeiter ist exorbitant hoch.

Wir als Politik haben eine Verantwortung gegenüber den Mitarbeitern. Auf der anderen Seite ist aber auch nicht zu übersehen, dass bei sehr restriktiver Personalführung die Bearbeitungszeiträume wachsen und sich die Bürgerbeschwerden häufen.

Für die CDU-Fraktion steht jedenfalls fest, dass im Personalbereich keine weiteren Einsparungen mehr erfolgen dürfen und in bestimmten Bereichen eine behutsame Personalanpassung erfolgen muss.

Das Ende der Fahnenstange ist hier erreicht.

Dies gilt im Übrigen auch für die Bildung - im weitesten Sinne. Kinder sind unser wichtigstes Gut. Wir müssen in die Bildung weiter investieren, so wie dies in den vergangenen Jahren geschehen ist. Denken Sie an die Instandsetzung von Schulgebäuden und die Nichteinstellung des Schülerspezialverkehrs oder das Fördern der Büchereien.

Meine Damen und Herren,

wir alle sind dem Wohle unserer Stadt verpflichtet.

Ich denke - bei allen Herausforderungen und schwierigen Entscheidungen, die vor uns

liegen - sollten wir nicht den Glauben in die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt verlieren, eine Stadt, die stark ist durch das Engagement ihrer Bürger. Ich denke z. B. an das Heimathaus in Wulfen.

Wir sollten gemeinsam versuchen, das städtische Leben verantwortungsvoll zu gestalten. Ich bin davon überzeugt, dass das politische Klima in dieser Stadt stimmt.

Die CDU-Fraktion stellt sich der Verantwortung und stimmt dem Haushalt, dem Stellenplan und dem Haushaltssicherungskonzept zum Haushalt 2011 zu.

Ich bedanke mich an dieser Stelle für die Arbeit der Verwaltung und der Kämmerei. Auch in diesem Jahr haben sie uns mit dem umfangreichen Zahlenmaterial ausgerüstet und umfassend informiert.

Ich danke Ihnen!